

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/147
6. August 1975

Plädoyer für europäische Direkt-Wahlen

Einundalebzig Vh der EG-Bürger melden ihre Forderungen an

Von Horst Seefeld MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Europäisches Parlament in der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Fraktionsvorstandes

Seite 1 und 2 / 89 Zeilen

Auf den Bundesautobahnen wird zu viel gestorben!

Appell für die Einführung der Geschwindigkeitsbegrenzung

Von Karl-Günter Kronawitter MdL
Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft und Technik der hessischen SPD-Landtagsfraktion

Seite 3 / 24 Zeilen

Entfaltung in der Familie

Polemik der Union soll eigene Ideenlosigkeit kaschieren

Von Udo Fiebig MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 4 und 5 / 52 Zeilen

"Der hört ja nicht einmal zu!"

Meditation in der Sommerpause des Bundestages

Von Dr. Helga Timm MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 6 / 30 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 87 - 50
Telex: 09 89 846 - 48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 86 11

Plädoyer für europäische Direkt-Wahlen

Einundsechzig v.H. der EG-Bürger melden ihre Forderungen an

Von Horst Seefeld MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Europäisches Parlament in der
SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Fraktionsvorstandes

In der Öffentlichkeit der Europäischen Gemeinschaft finden die beabsichtigte Direktwahl zum Europäischen Parlament und die Forderung nach einer Europäischen Politischen Union eine immer breitere Zustimmung. Das Europäische Parlament und die Kommission stehen daher im Einklang mit der Mehrzahl unserer Mitbürger, soweit es ihnen gelingt, die in sie gesetzten Hoffnungen auf Fortschritt in institutionellen und materiell-politischen Fragen der Gemeinschaft möglichst rasch zu verwirklichen. Die positive Haltung der Wähler zu Europa nimmt auch die Europa-Politik der Mitgliedstaaten in ihre Pflicht, denn sie ist gegründet auf die Erwartung, daß die Staaten im supranationalen Verbund diejenigen Probleme lösen können würden, die den Kern der Besorgnisse unserer Zeit darstellen und an deren Bewältigung die einzelnen Regierungen jede für sich scheitern müßten.

Während sich in den sechs Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft im Frühjahr 1970 64 v.H. der Befragten für eine Direktwahl zum Europäischen Parlament aussprechen, waren es im Mai 1975 schon 71 v.H. Erheblich steiler verläuft die Kurve in Großbritannien. Dort konnten sich vor fünf Jahren erst 25 v.H. für eine Direktwahl erwärmen, im Mai 1975 waren es 41 v.H., gleichzeitig sank die Zahl der Direktwahlgegner dort von 55 v.H. auf 43 v.H.; dabei ist zu berücksichtigen, daß die diesjährige Umfrage in Großbritannien noch vor dem EG-Referendum abgehalten wurde, welches der Gemeinschaft bekanntlich eine Zustimmung von 67 v.H. brachte. In der Europäischen Gemeinschaft als Gesamtheit treten 63 v.H. der Bevölkerung für die Direktwahl ein. Der Europäischen Politischen Union stimmen in den sechs Gründerstaaten 76 v.H. der Bevölkerung zu. In Großbritannien wuchs die Zustimmung von 37 v.H. im Jahre 1970 auf 50 v.H. im Jahre 1975. Diese Umfragen ergaben jetzt für die gesamte Gemeinschaft 74 v.H. Befürworter.

Dies muß im Zusammenhang mit der Tatsache gesehen werden, daß die Europäische Gemeinschaft und insbesondere die Wirtschaftsgemeinschaft in den sechs Gründerstaaten nur von fünf v.H. als eine schlech-

te Sache betrachtet wird, in Großbritannien aber von 21 v.H. Die Meinung unserer Mitbürger in allen Mitgliedsstaaten wird beeinflusst von dem Verhältnis der jeweiligen Regierungsparteien zur Europäischen Gemeinschaft und dem von ihnen bei den Bürgern geweckten Interesse. Auf diesem nämlich beruht wiederum der Wunsch nach Information über die Gemeinschaft; die zunehmende Aufklärung hat gerade in Großbritannien und Irland die Zustimmung und das Engagement für europäische Probleme fühlbar verstärkt.

Was sind nun die dringlichsten Aufgaben, die ein direktgewähltes Europäisches Parlament aus der Sicht unserer Mitbürger erwartet. Der Fortschritt in der Europa-Politik ist weitgehend davon abhängig, wie sehr die Gemeinschaft in der Lage ist, ihren Beitrag zu den Haupt Sorgen ihrer Bürger zu leisten. Hier ist es interessant zu erfahren, daß im Mai 1975 für 33 v.H. aller EG-Bürger Preise, Löhne und Familienbudget an erster Stelle standen; besonders groß waren die Inflations Sorgen in Irland (63 v.H.), Großbritannien (53 v.H.), Italien (35 v.H.) und Frankreich (26 v.H.). Die Sorge um den Arbeitsplatz bewegten in Frankreich 19 v.H., in Italien 14 v.H. und in Irland zehn v.H. der Befragten; in der gesamten Gemeinschaft waren es 13 v.H.

Von allen Problemkreisen, deren Lösung die Gemeinschaft sich zum Ziel gesetzt hat, findet der gemeinsame Kampf gegen die Inflation bei 69 v.H. der Befragten das größte Interesse; danach folgen Umweltpolitik und Verbraucherschutz mit je 46 v.H. sowie Energiepolitik mit 37 v.H. In ihrer Überwiegenden Mehrheit fordern die Bürger der Gemeinschaft ein gemeinsames europäisches Vorgehen im Bereich der EG-Politiken und halten dies für ein sehr wichtiges Problem; gemeinsames Handeln im Kampf gegen die Inflation verlangen 71 v.H. der Befragten, 70 v.H. in Fragen der Energiepolitik. Bemerkenswert ist, daß zwei Drittel der EG-Bürger es begrüßen, wenn die Mitgliedsregierungen im Dialog mit den USA und Sowjetunion mit einer Stimme sprechen.

Das Bild der öffentlichen Meinung in der Europäischen Gemeinschaft gibt die Forderung an die Mitgliedsregierungen und den Ministerrat wieder, nun vordringlich den Entwurf zur Direktwahl des Europäischen Parlaments zu verabschieden und das Parlament mit Befugnissen auszustatten, die es über den Status einer lediglich beratenden Versammlung hinausheben. Diese Forderung ist verbunden mit dem allgemeinen Verlangen nach gemeinschaftlichem politischen Handeln; an ihm muß die Bevölkerung dieser Gemeinschaft durch ihr eigenes Organ, das Parlament, unmittelbar mitwirken. Allein die Beabschlüsse eines allgemein und direkt gewählten Europäischen Parlaments werden diejenige politische Autorität entfalten, die in Europa partikuläre Sonderinteressen überwinden und für die Hauptorgane unserer Mitbürger umfassende Lösungen finden kann.

Aus diesen - und vielen anderen - Gründen muß in den nächsten Monaten ernsthaft in allen neun EG-Ländern an der Vorbereitung der für 1978 geplanten, ersten direkten Wahl zum Europäischen Parlament gearbeitet werden. Es gibt noch viele offene Fragen, die, seien sie auch vordergründig technischer Art, Probleme aufwerfen. Der viel zitierte "politische Wille" wird notwendigerweise benötigt werden, um die Stolpersteine zur Direktwahl aus dem Weg zu räumen.

(-/6.8.1975/ha/e/sab)

Auf den Bundesautobahnen wird zu viel gestorben I

Appell für die Einführung der Geschwindigkeitsbegrenzung

Von Karl-Günter Kronawitter MdL

Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft und Technik
der hessischen SPD-Landtagsfraktion

Es gibt jetzt keinen Zweifel mehr: Auf den Autobahnen der Bundesrepublik wird wieder zu viel gestorben. Auch sind keine Zweifel mehr über die Todesursache erlaubt: in den meisten Fällen zu schnelles Fahren. Die Raserei auf den Autobahnen beweist leider, daß die Skeptiker Recht behalten haben. Die bundesdeutschen Autofahrer haben bei dem "Tempo der Vernunft", der Autobahn-Richtgeschwindigkeit 130 Stundenkilometer, nicht mitgemacht. Auch wenn sie dazu hundertfach von den Plakatwänden aufgefordert worden sind. Diese Tatsache ist traurig genug angesichts der vielen Toten und des Leidens ihrer Familien.

Die Bundesregierung ist jetzt aufgefordert, zu überlegen, ob sie den ihr von der CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat aufoktroierten Richtgeschwindigkeitsversuch wirklich noch bis zum Jahr 1977 durchhalten kann. An Infamie grenzt jedoch das Verhalten der sog. christlichen Parteien. Da sie jetzt ihr eigenes Versagen so deutlich vor Augen geführt bekommen, versuchen sie den Spieß umzudrehen und "den Behörden" - da muß man wohl lesen: der Bundesregierung - die Schuld zuzuschieben. Das kann nicht unwidersprochen hingenommen werden. Es muß deutlich gemacht werden, daß eben jene CDU/CSU zusammen mit dem ADAC diesen jetzt gescheiterten Großversuch als Abwehrmaßnahme gegen die schon 1974 geforderte und in Aussicht genommene grundsätzliche Höchstgeschwindigkeitsbeschränkung durchgesetzt haben.

So bitter die Erkenntnis auch sein mag: Auf den Straßen scheinen Appelle an die Vernunft nichts auszurichten. Der Staat ist gezwungen, hart durchzugreifen und auf den Autobahnen die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 130 km einzuführen und durch Kontrollen durchzusetzen. (-/6.8.1975/ho/sab)

+ + +

Entfaltung in der Familie

Polemik der Union soll eigene Ideenlosigkeit kaschieren

Von Udo Fiebig MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Die Familienpolitik findet in der Öffentlichkeit ebenso immer mehr Interessen, wie darüber hinaus alle mit der Familie zusammenhängende Fragen wie Erziehungshilfen, Eltern- und Eheberatung, familiengerechtes Wohnen und Familienurlaub.

Wer die Stellung der Familie in unserer Gesellschaft stärken will, muß sich des sozialen und pädagogischen Wertes der Familie bewußt und muß davon überzeugt sein, daß "Familie" unter anderem auch etwas mit Ethik zu tun hat. Wer aber behauptet, wie das der CDU-Bundestagsabg. Kroll-Schlüter im Pressedienst seiner Partei getan hat, "die Bundesregierung propagiere die fast totale Bindungslosigkeit, für das Kind die fehlende Nestwärme", der hat nicht nur die Regeln der politischen Fairness außer acht gelassen, sondern der hat sein eigenes Verhalten als unethisch abqualifiziert, indem er sich der Verleumdung schuldig gemacht hat. Wer wie Abg. Kroll-Schlüter meint, sich "für Werte, für Bindungen, für Ordnung, den Wert des Verzichts, der Selbstdisziplin, der Enthaltung" einsetzen zu müssen, der enthalte sich erst einmal der Lüge - "denn die Lippen des Lügners sind dem Herrn ein Greuel", um einen Zwischenruf der Opposition aus der Plenardebatte über die Familienpolitik zu zitieren. Dann erst ist ein Einsatz für die Familie in unserem Land möglich, wenn er von ehrlichem und redlichem Bemühen, auch gegenüber dem politischen Gegner, getragen wird.

Wenn sich die CDU bisher allein als staatstragende Partei betrachtete, so hat diese Arroganz eine neue Komponente bekommen: Die Opposition betrachtet sich auch als alleinige familienbewußte Partei. Den politischen Zielsetzungen der sozial-liberalen Koalition wird von vornherein jede ethische

Qualität abgesprochen, während man sich selbst den Heiligenschein der moralischen Unfehlbarkeit aufsetzt.

Worum geht der ideologische Streit in der Familienpolitik im Kern? Die Karikatur verdeutlicht es vielleicht am besten: Der CDU wäre das kanonische Recht für Ehe und Familie hundertmal lieber als das bürgerliche Gesetzbuch; die Frau sitzt wie in der vorindustriellen Gesellschaft als Heimchen am Herd, der Mann philosophiert vor seinen Kindern von Zucht, Ehre, Ordnung, Selbstdisziplin und Enthaltung. Wir hingegen möchten der Familie jede Isolierung ersparen. In einer offenen Gesellschaft geht es uns um das Miteinander der einzelnen Familienmitglieder, um den Abbau von Herrschaft auch innerhalb der Familie, denn die Entwicklung und Emanzipation sind für alle Mitglieder der Familie zu gewährleisten. Familienpolitik muß die Familie so fördern, daß sie in der Lage ist, ihre Aufgabe, Kinder zu erziehen, zu erfüllen und vordringlich dort zu helfen, wo Kinder benachteiligt sind oder ihre Entfaltung gefährdet ist.

Weil wir Respekt vor dem Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Familie haben, ist unsere Familienpolitik "subsidiär" angelegt: Der Staat hat der Familie dort zu helfen, wo die eigenen Möglichkeiten erschöpft sind und die Familie der Hilfe der Gesellschaft bedarf. Im Mittelpunkt unserer Familienpolitik stehen die Hilfen für Kinder in Erziehung, Bildung, Sozialisation und nicht zuletzt auch in materieller Hinsicht wie Ausbildungsförderung und Familienlastenausgleich.

Was hat demgegenüber die Opposition in ihren neuen "Papieren" zu bieten? Nach dem Mannheimer Papier will die CDU "der zerstörerischen Entwicklung vorbeugen, wie sie im Alkoholismus, Drogenkonsum und Kriminalität zum Ausdruck kommen". Die CSU will dem sich abzeichnenden Geburtenrückgang entgegenwirken.

Die Armut an Ideen bei der Opposition ist kaum noch zu übertreffen.

(-/6.8.1975/bgy/pr/sab)

+ + +

"Der hört ja nicht einmal zu !"

Meditation in der Sommerpause des Bundestages

Von Dr. Helga Timm MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

"Von außen", also bevor man miterlebt hat, wie im Bonner Bundesparlament gearbeitet wird, sieht das immer so einfach aus. Wenn man die Abgeordneten nicht bemerkt, sind sie vermutlich in den Arbeitskreisen der Fraktionen und den Ausschüssen des Bundestages tätig. Wenn aber Plenarsitzungen sind, dann will man anschließend alle fünfhundertachtzehn MdB's im Fernsehen wiederfinden. Oder jedenfalls den oder die Abgeordneten, dem oder der man seine Stimme bei der letzten Bundestagswahl gegeben hatte. Und da man das nicht nur im Ort X oder Y will, sondern in der ganzen Bundesrepublik einschließlich West-Berlin, müssen eben alle fünfhundertachtzehn im Plenum sitzen. Auf ihrem Platz. Und ohne Zeitung. Und ohne Akten. Sie sollen das gleiche tun, wie die Zuschauer vor der Fernsehbühne zu Hause: der Präsidentin, den Regierungsgangmitgliedern, den Länderministern oder den Kollegen zuhören.

Nur: Für die Zuschauer ist das alles ganz neu, sie warten gespannt auf die Entscheidung. Die Abgeordneten aber wissen alles schon. Sie haben die Debatten in den Fraktionen, in den Arbeitskreisen und in den Ausschüssen oft wochen- oder monatelang vorbereitet. Und wenn es nicht gerade um eine oder zwei Stimmen beim Mißtrauensvotum geht, dann haben sie fast immer auch die Abstimmungsentscheidung längst vollzogen.

Während also diejenigen, die am Thema direkt als Ausschußmitglieder oder Berichterstatter beteiligt sind, im Plenum abschließen, was in den übrigen Bundestagsgremien in langwierigen Materialbearbeitungen und Diskussionen vorbereitet worden ist, könnten die übrigen Vertreter des Volkes endlich mal längst fällige Wählerpost erledigen. Sie könnten ein vor Monaten zugesagtes, in dieser Woche zu haltendes Referat schlußüberarbeiten, sie könnten Besuchergruppen durchs Haus führen oder mit ihnen diskutieren, sie könnten sich Gedanken über Kabinettsvorlagen oder neue Gesetzentwürfe machen.

Aber - wie sieht das dann im Fernsehen aus ? Entweder sind die Abgeordneten gar nicht im Plenarsaal auf ihren Plätzen - oder die Kamera erwischt sie tief in Akten versunken, und die Zuschauer im Wahlkreis konstataieren Ergerlich: "Die"(der) hört ja mal wieder überhaupt nicht zu ... !
(-/6.8.1975/za/e/sab)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert